

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

7.5.1930 (No. 106)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueck-
Strasse Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangelegenheiten:
Chefredakteur
G. Ueberschär,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 5,25 RM, einj. 52,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, bei Abrechnung gütlich und bezweckvoll werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueck-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigen, die von mehreren Verlegern oder Verlegerinnen in eigenem Betrieb oder in dessen Auftrag in mehreren Exemplaren, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

Über die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 16. bis 30. April 1930 berichtet das Landesarbeitsamt Südbadens-Deutschland:

Die in diesem Frühjahr schon von Anfang an stark beeinträchtigte und von Woche zu Woche abflauende Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft für Arbeitskräfte fast aller Berufe hat in der zweiten Hälfte des Monats April eine weitere sehr erhebliche Abschwächung erfahren. Die Entlastung des Arbeitsmarktes von vorgemerkten Arbeitsuchenden betrug in der Zeit vom 16. bis 30. April im ganzen nur rund 3000 Personen gegen 13 000 in der ersten Aprilhälfte. Der Gesamtbestand an verfügbaren Arbeitsuchenden, die auf Zuweisung einer neuen Arbeitsstelle warteten, belief sich Ende April noch auf mehr als 153 000 Personen. An der Mehrbelastung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahr mit rund 44 000 Personen sind nunmehr die Saisongruppen bereits in stärkerer Maße beteiligt als die Konjunkturgruppen. Es wurden in der Berufsgruppe „Lohnarbeit wechselnder Art“, welche in der Hauptsache die Bauhilfsarbeiter und die ungelerten Arbeiter umfaßt, rund 13 500, in der Metallindustrie die gegen die Monatsmitte sogar eine erhöhte Arbeitsuchendenzahl aufzuweisen hat, rund 11 000, bei den Bauhandwerkern über 8000, in der Holzindustrie und in den Angestelltenberufen je über 3000, und in der Industrie der Steine und Erden 1600 arbeitsuchende Personen mehr gezählt als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Ebenso unerfreulich wie auf der Angebotsseite ist das Bild auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Der ungedeckte Bedarf an Arbeitskräften, für die noch Stellen zur Besetzung frei waren, beträgt Ende April dieses Jahres nicht ganz 5000 Stellen gegen fast 8000 im vorigen Jahre. Auch hier sind es die Außenberufe, die an dem Ausfall vorwiegend beteiligt waren.

Diese ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes kommt auch im Verlauf der Kurven der Unterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung zum Ausdruck. Während Anfang April dieses Jahres noch 9740 Personen weniger unterstützt wurden als Anfang April 1929, waren es Mitte April bereits fast 8000 und Ende April rund 22 000 Personen mehr als im Jahre 1929 zu den gleichen Zeitpunkten. Dazu kommt noch, daß das Anfang April vorhandene Mehr von 5500 Arbeitslosen sich bis Ende April auf über 6300 Personen erhöht hat.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 30. April 1930 folgender:

- In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 77 948 Personen (64 094 Männer, 13 854 Frauen), in der Arbeitslosenunterstützung 14 068 Personen (11 863 Männer, 2205 Frauen).
- Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel in der Zeit vom 15. bis 30. April um 3175 Personen oder um 3,3 v. H. von 96 091 Personen (79 411 Männer, 16 680 Frauen), auf 92 916 Personen (75 957 Männer, 16 959 Frauen); davon kamen auf Württemberg 33 439 gegen 34 963, auf Baden 59 477 gegen 61 284 am 15. April 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südbadens-Deutschland kamen am 30. April 1930 auf 1000 Einwohner 18,5 Hauptunterstützungsempfänger gegen 19,1 am 15. April 1930 und 18,0 am 30. April 1929.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage und die Inanspruchnahme der Unterstützungsleistungen wurde besonders von folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Im Baugewerbe sind die gegangenen Befürchtungen über die Weiterentwicklung des Beschäftigungsgrades voll eingetroffen. Es fand ein so starker Rückgang von Arbeitskräften zu den Arbeitsämtern statt, daß der Arbeitsmarkt von Zugang und Abgang nur 1200 Mann betrug. Der Bestand an arbeitsuchenden Bauhandwerkern betrug Ende April dieses Jahres fast 14 000 Mann gegen 6000 im vorigen Jahre. Die Aussichten für die Unterbringung der Arbeitsuchenden werden von den meisten Arbeitsämtern pessimistisch beurteilt. Die Zahl der beschäftigten Hilfsarbeiter konnte gegen die Mitte des Monats nicht vermehrt werden; sie lag mit 4600 Mann erheblich unter dem Stande des Vorjahres.

In der Industrie der Steine und Erden war die Abnahme der Arbeitslosigkeit in der zweiten Monatshälfte ebenfalls nur sehr gering. Neue zum Teil erhebliche Entlassungen in der Zementindustrie, in Zementfabriken, in einer Tonwarenfabrik und in der oberbadischen Granitindustrie wurden gemeldet. Ferner wurde die Arbeitsmarktlage durch starke Entlassungen bei einer Glasfabrik des württembergischen Schwarzwaldes und bei einer badischen Ofenbaufirma ungünstig beeinflusst.

Die Landwirtschaft, deren Bedarf an Arbeitskräften dem Arbeitsmarkt sonst in diese Zeit eine fühlbare Stütze bot, hat in der zweiten Hälfte des April kaum mehr zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen können; dadurch, daß infolge der günstigen Witterung im Spätwinter und zu Beginn des Frühjahres die Arbeiten auf eine längere Zeit verteilt werden konnten, wurde die Einstellung von Saisonkräften größtenteils überflüssig. Nach den Berichten der Arbeitsämter sind die Fälle, in denen sich männliche Arbeitslose aus der Industrie den Landwirten selbst zur Einstellung anbieten, zahlreich. Ganz ungenügend ist noch wie vor das Angebot an Dienstmägden. Die Forstwirtschaft hatte noch Aufnahmefähigkeit für Kulturarbeiter und -arbeiterinnen. Die Holzwarenfabrikation infolge des warmen Winters nicht mehr den Beschäftigungsstand wie im Vorjahr. Charakteristisch für die

Lage des Arbeitsmarktes in der ganzen Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft sind die Ergebnisse der Statistik nach dem Stande von Ende April der Jahre 1930, 1929 und 1928. Während in den Jahren 1928 und 1929 nur 1600 bzw. 2000 noch nicht untergebrachte Kräfte zur Verfügung standen, waren es in diesem Jahre noch rund 2500. Umgekehrt ist der Bedarf an Kräften von 3300 Ende April 1928 und 3000 Ende April 1929 auf rund 1300 in diesem Jahre gesunken.

Im Verkehrsgewerbe war der Bedarf der Bahnmehrereien an Zeitbedienten im ganzen nicht von Bedeutung. Rheinhafenverkehr und Rheinschiffahrt litten unter Frachtmangel.

Auch im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe wurde keine im Gewicht fallende Entlastung des Arbeitsmarktes erzielt. Wegen der Vermittlungstätigkeit wieder in Baden-Baden. Im Musikergewerbe war wegen der Beendigung der Theatersaison in den mittleren Städten eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Die Gesamtmarktlage in der Industrie hatte in der zweiten Aprilhälfte nur eine sehr mäßige Entlastung zu verzeichnen, die ebenfalls hinter dem in der ersten Monatshälfte beobachteten Maß zurückblieb. In der metallverarbeitenden und Maschinenindustrie ist die Zahl der Arbeitsuchenden sogar um 400 höher als am letzten Sonntag. Aufnahmefähig für Arbeitskräfte waren wieder nur Teilgebiete des landwirtschaftlichen Maschinenbaus, die Motorradindustrie und die Elektroindustrie. In allen übrigen Zweigen kamen wieder erhebliche Entlassungen und weitere Betriebsbeschränkungen vor. Von Stuttgarter Maschinenfabriken wurden insgesamt 100 Entlassungen vorgenommen, weitere 100 entfielen auf die übrige Metallindustrie. Eine Ulmer Maschinenfabrik nahm ebenfalls 80 Entlassungen vor. Erheblich waren die Entlassungen auch in der in Baden ansässigen Automobilindustrie; in der württembergischen und badischen Schmiedemetallindustrie mußten Kurzarbeit in vermehrtem Maße eingeführt werden. Sehr gedrückt war infolge der unbeschränkten Wirtlichkeit die Lage auch für die handwerksmäßigen Branchen des Metallgewerbes.

In der Textilindustrie zeigte die Statistik im Einklang mit den zahlreicher als sonst gemeldeten Entlassungen ebenfalls einen Zugang an Arbeitsuchenden. Die Abschwächung des Beschäftigungsgrades betrafte sich auf fast alle Branchen. In Oberbaden wurde die Lage durch einen Streik in der Baumwollindustrie verschärft.

In der Lederindustrie hat eine große Linoleumfabrik Entlassungen ausgesprochen. Die Belegung für Tapezierer und Polsterer hat angehalten.

Die unbefriedigende Lage des Holz- und Schnitstoffgewerbes konnte in der Berichtzeit kaum eine geringe Besserung erfahren. In der Möbelindustrie ist der Beschäftigungsstand eher noch schlechter geworden, ebenso in der Pianofortefabrikation. Auch ein Kaffeeerwerb hat Entlassungen vorgenommen.

Die Gesamtmarktlage im Nahrungsmittelgewerbe wurde wieder durch die fortschreitende Abschwächung der badischen Zigarettenindustrie ungünstig beeinflusst. Dagegen konnte eine Zigarettenfabrik 100 Arbeitskräfte einstellen. In der Zuckerindustrie wurden die saisonmäßigen Entlassungen fortgesetzt. Der Arbeitsmarkt im Bekleidungsgebiete hat sich, wenn auch der Bedarf schon nachließ, für die Wäschereibetriebe noch günstig weiterentwickelt. In der Konfektion dagegen war schon eine leichte Abschwächung der Beschäftigung festzustellen. Die Lage für das überfeste Schuhmacherhandwerk blieb ungünstig. In der Schuhindustrie konnte ein kleiner Betrieb die vor einiger Zeit entlassenen Kräfte wieder einstellen. In den Großbetrieben der Schuhfabrikation kamen keine Veränderungen vor, sie konnten ihren Beschäftigungsstand behaupten.

In den übrigen Gewerbebranchen und Berufen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Vor dem Inkrafttreten des Youngplans

Die kommenden Devisenzahlungen

Gen. Berlin, 7. Mai. (Priv.-Tel.) Am 15. Mai, vielleicht schon einige Tage vorher, wird der neue Reparationsplan in Kraft treten können. Sofort im Anschluß an die Übergabe der letzten Ratifikationsurkunden wird der Plan in Gang gesetzt werden, denn alle technischen Vorbereitungen, die notwendig waren, um das rechtzeitige Funktionieren der internationalen Zahlungsbank zu ermöglichen, sind, so betont der „Völkercourier“, bereits seit Wochen getroffen.

Das wichtigste Moment für den Übergang vom Dawesplan zum Youngplan wird die Übertragung der Konten, die die einzelnen Gläubigerstaaten bis jetzt bei der Reparationskommission in Paris hatten, an die internationale Zahlungsbank sein. Bis jetzt zahlte die Reichsregierung ihre einzelnen Kriegsschuldenraten auf das Konto des Reparationsagenten bei der Reichsbank. Auch dieses Konto verschwindet, die Restbeträge, die auf ihm noch vorhanden sind, werden auf das neu eröffnete Konto der internationalen Zahlungsbank überführt werden. Am 15. Mai wird die erste deutsche Zahlung auf das neue Konto der internationalen Zahlungsbank statt auf das Konto des Reparationsagenten erfolgen, da ja im Haag die Zahlung in der Monatsmitte vereinbart worden ist. Die Gutschrift auf das Konto der internationalen Zahlungsbank wird auch die erste deutsche Zahlung in Devisen sein, da ja künftig Devisenzahlungen an die Stelle der Reichsmarkzahlungen tritt und die Erwerbung der für die Zahlung erforderlichen Devisen jetzt durch die Reichsbank, nicht wie bisher durch den Reparationsagenten, stattfindet.

König Georg von England beging am Dienstag sein 25jähriges Regierungsjubiläum.

* Englands Sorgen

Die Amtstätigkeit des neuen Kabinetts in England, des Arbeiterkabinetts Macdonald, zeitigte in den ersten Monaten manchen schönen Erfolg. Den Höhepunkt bildete die Reise Macdonalds nach Amerika und die dadurch herbeigeführte Ausöhnung zwischen den beiden angelsächsischen Staaten. Dann aber begann der Umschwung.

Schon während der Reise Macdonalds nach Amerika hat man sich in England gefragt, ob es mit der Würde des britischen Weltreichs vereinbar sei, daß der Ministerpräsident einer andern Großmacht einen Besuch abstattete, um auf diesem Wege eine zerrissene Freundschaft wiederherzustellen. Man empfand das Ganze damals schon als einen Prestigeverlust. Und als dann bekannt wurde, daß sich Hoover und Macdonald in der Flottenfrage auf dem Grundsatze der Parität hin geeinigt hätten, erschraf man erst recht über dieses Ergebnis der Reise.

Wer die Dinge ruhig betrachtet, wird allerdings von vornherein anerkannt haben, daß sich hier eine Entwicklung vollzogen hatte, deren Verlauf doch nicht mehr zu ändern, im besten Falle etwas aufzuhalten war. Aber vielleicht hatte man in England gerade gehofft, daß es gelingen werde, die formelle Anerkennung der Tatsache, daß England nicht mehr die Vorherrschaft zur See besitzt, noch hinauszuzögern. Denn um diese Tatsache hat es sich ja gehandelt. Die Londoner Seeabstufungskonferenz — eine Bezeichnung, die zu dieser Konferenz paßt, wie die Faust aufs Auge — hatte vor allem den einen Zweck, nämlich den letzten Strich unter das Faktum der machtpolitischen Degradierung Englands zu ziehen. Amerika hat heute das Recht, seine Flotte so zu verstärken, daß sie der englischen gleichwertig ist.

Bekanntlich ist außer dieser Abmachung nichts Wesentliches auf der Londoner Konferenz erreicht worden. Praktisch wird in der nächsten Zukunft, um den Nachstaben der Vereinbarungen zu genügen, eher auf- als abgerüstet werden. Frankreich behält seine gerade England bedrohende Unterseebootwaffe. Und Flotten hat Forderungen angemeldet, die, wenn sie als berechtigt anerkannt werden sollten, die maritime Parität zwischen Italien und Frankreich bedingen, das heißt praktisch eine neue Verstärkung der Flotten mit sich bringen. Vom Standpunkte der Abrüstungspolitik aus gesehen, war also die Londoner Flottenkonferenz ein Fiasko ersten Ranges.

Für uns in Deutschland ist das sehr wichtig, weil wir auf die Dauer moralisch nicht gezwungen werden können, jene Ungerechtigkeit in den Entwaffnungsbestimmungen hinzunehmen, wie sie der Friedensvertrag von Versailles diktiert. Entweder es bleibt bei diesen Entwaffnungsbestimmungen, und dann wird auch die im Friedensvertrag ausgesprochene Zusage der entsprechenden Abrüstung der anderen Mächte erfüllt, oder die anderen Mächte rüsten weiter, dann müssen aber auch wir das gleiche Recht erhalten.

War die Londoner Flottenkonferenz sonach ein Fiasko, über das speziell der Friedensfreund Macdonald entsetzt sein wird, so war sie weiterhin ein neuer Schlag gegen die Vormachtstellung Englands, ein Schlag, den vor allem der britische Patriot Macdonald bitter empfinden dürfte. Denn, wie schon oben gesagt, mit der Seeherrschaft Großbritanniens ist es von jetzt an vorbei. Die amerikanische Flotte ist heute genau so stark wie die englische, und in der Lage, Großbritannien die Herrschaft über die Meere streitig zu machen.

So war denn der Weltkrieg mit seinen finanz- und wirtschaftspolitischen und seinen marinespolitischen Folgen das Schlimmste, was England überhaupt hat passieren können. Die deutsche Seemacht hätte nie — schon aus geographischen Gründen nicht — für England so bedrohlich werden können wie die amerikanische Seemacht. Gewiß, die englische Küste liegt der deutschen viel näher. Aber die Abwehrmöglichkeiten sind auch viel größer. Dagegen ist Amerika heute durchaus imstande, England dadurch zu vernichten, daß es ihm seine Kolonien und Dominions wegnimmt und die Bevölkerung in England so zum Hungertode verurteilt. Im Falle eines Krieges ließe sich zudem die amerikanische Flotte viel schneller vergrößern, als das England vermöchte. Die Hilfsmittel Nordamerikas sind eben die größeren. Wenn die englische Flotte nicht schon zu Beginn eines solchen Krieges die amerikanische Flotte entscheidend schlägt u. ihre besten Schiffe versenkt, dann müßte im Lauf des Krieges bald der Moment kommen, wo England seine Kolonien ein-

Mit der Beilage: 58. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

nach nicht mehr schützen kann, wo es seinen Handelsflotten die freie Fahrt nach dem Mutterlande nicht mehr zu garantieren vermag. Und das wäre das Ende Englands. Aus alledem folgert der Zwang zu einer Friedenspolitik, der, machtpolitisch gesehen, nichts anderes bedeutet als die Abhängigkeit der englischen Politik von der amerikanischen. Finanzpolitisch besteht diese Abhängigkeit ja schon seit dem Kriegsende. Es ist nicht mehr das englische Pfund Sterling, welches die Welt regiert, sondern der amerikanische Dollar. Auf den Schlachtfeldern mag England gesiegt haben — finanzpolitisch und marinepolitisch hat es den Weltkrieg verloren. Und Amerika und Frankreich dürfen sich ins Fäustchen lachen.

Das sind trübe Erkenntnisse für die Engländer. Und die wirtschaftliche Lage des Landes, gekennzeichnet durch die große Bitter der Arbeitslosen und die durch eine verkehrte Gesetzgebung hervorgerufene mißbräuchliche Inanspruchnahme der Sozialversicherung, kann diese Sorgen nur verstärken. Und nun kommt zu allem Überflus die indische Gefahr.

Es ist möglich, daß die indische Freiheitsbewegung langsam wieder verjüngert, weil ihr mit der Zeit die Führer fehlen werden. Es ist aber auch möglich, daß diese Rechnung trügt, daß also genügend Persönlichkeiten vorhanden sind, die auch nach der Internierung der obersten Führer, wie vor allem Gandhi, die Bewegung weiter vorwärtstreiben. Am beunruhigendsten sind zwei Tatsachen, nämlich die, daß sich hier und da Regimenter, aus Eingeborenen bestehend, als unzuverlässig erwiesen haben, und daß heute bereits durch den Käuferstreik eines großen Teils der indischen Bevölkerung die britische Textilindustrie das ganze indische Geschäft bedroht sieht. Indien ist einer der Hauptmachtstützen des britischen Imperiums. Wenn dieser Pfeiler fällt, fällt auch das ganze Reich. Aber schon ein Morschwerden dieses Pfeilers würde bezeugen, daß nun auch die Fundamente des gesamten Imperiums morsch geworden sind.

Das deutsche Museum in München 75. Geburtstag Oskar von Millers

Geheimer Baurat Oskar von Miller, der Schöpfer des Deutschen Museums in München, und der Wasserkraftwerke am Balthensee, wird am heutigen 7. Mai 75 Jahre alt. Oskar Miller, der auch der Mitbegründer der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ist, gehört zu den hervorragendsten Bahnbrechern auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Wasserkraftversorgung. U. a. hat ihm auch die Reichsregierung ein Glückwunschtelegramm gesandt.

Am heutigen Tag wird das Richtfest des gewaltigen Bibliotheksbaues des Museums gefeiert, wozu sich wieder zahlreiche hervorragende Vertreter der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft des deutschen Reiches in der bayerischen Landeshauptstadt eingefunden haben. Mit einer Sitzung des Vorstandes im Rathaus nahm am Dienstagvormittag die Jahresversammlung ihren Anfang. Nachmittags versammelten sich die Teilnehmer im Ehrensaal des Deutschen Museums zu einem Festvortrag von Prof. Dr. E. Schröbinger. Im Anschluß an den Vortrag hatten die Gäste Gelegenheit, in einem Film die Entstehungsgeschichte des deutschen Denkmals deutscher Bauarbeit in allen ihren Phasen zu sehen. Abends gab die Stadt München zu Ehren der Mitglieder des Deutschen Museums im historischen Rathausaal einen Begrüßungsabend.

Der Bibliotheksbau ist als Stahlblechbau errichtet und der größte und bedeutendste Stahlbau Europas.

Aus den Ländern Beamtentabine in Sachsen

An der am Dienstagvormittag im Sächsischen Landtag vorgenommenen Ministerpräsidentenwahl nahmen insgesamt 95 Abgeordnete teil; ein sozialdemokratischer Abgeordneter fehlte. Es wurden abgegeben für den der Deutschen Volkspartei nahestehenden Präsidenten des Staatsrechnungshofs, Schied, 46 Stimmen der vereinigten bürgerlichen Parteien, für Reichstagsabgeordneten Fleißner 32 sozialdemokratische und für den Abgeordneten Renner 12 kommunistische Stimmen. Die Nationalsozialisten gaben weiße Zettel ab. Da bei 90 abgegebenen Stimmen — die weißen Zettel zählen nicht mit — Schied mit 46 Stimmen die absolute Mehrheit erhalten hat, ist er zum Ministerpräsidenten gewählt.

Am 18. Februar war das Kabinett Länger gestürzt worden. Die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten kam bis jetzt nicht zustande. Es schien sogar, daß Landtagswahlen unvermeidlich sein würden, obgleich die meisten Parteien gar keine Lust dazu hatten. Jetzt hat man sich darauf geeinigt, ein unpolitisches Beamtentabine zu bilden.

124 Mill. Defizit in Preußen. Nach der vom preussischen Finanzministerium aufgestellten Übersicht über die preussischen Staatseinnahmen und -ausgaben im März 1930 betragen die ordentlichen Einnahmen 169,2 (Februar 197,1) Mill. Reichsmark, denen an ordentlichen Ausgaben 201,1 (190,0) Mill. Reichsmark gegenüberstehen, so daß sich bei einer Mehrausgabe von 31,9 Mill. Reichsmark das Defizit des ordentlichen Haushalts im ganzen Rechnungsjahr 1929 auf 124,3 Mill. Reichsmark stellt.

Über den Stand der Trichinoseerkrankungen in Stuttgart wird mitgeteilt, daß in den letzten Wochen weitere Todesfälle nicht mehr eingetreten sind. Man darf nun hoffen, daß es bei den 12 Todesopfern bleibt. Fast allen Erkrankten geht es wieder recht ordentlich. Neue Krankheitsfälle sind nicht mehr dagelommen und auch nicht mehr zu erwarten. Eine große Zahl der Erkrankten ist bereits aus den Krankenhäusern entlassen.

Der preussische Landtagsabgeordnete Markwald, bisher Chefredakteur der sozialistischen „Frankfurter Volksstimme“, hat gemeinsam mit seiner Frau einen Selbstmordversuch unternommen. Beide haben größere Mengen Veronal zu sich genommen. Beide sollen außer Lebensgefahr sein. Es sollte ein anderer an seiner Stelle die Chefredaktion der Volksstimme übernehmen, Markwald jedoch mit seinem vollen bisherigen Gehalt weiterbeschäftigt werden.

In Berlin wurde der Bankier Ludwig Lewy, der Inhaber des Bankhauses Schneider & Landgraf, das mit einer Schuldenlast von 1,3 Millionen Reichsmark bei 400 M. Kassenbestand in Konkurs geraten war, wegen betrügerischen Bankrotts, Verbrechens gegen das Depotgesetz, Betrugs usw. zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Letzte Nachrichten

Um das Ostprogramm

Die Mittel erst für eine vorläufige Lösung vorhanden

M. Berlin, 7. Mai (Priv.-Tel.) Das Kabinett ist gestern mit der Beratung des Ostprogramms nicht fertig geworden. Wie in politischen Kreisen behauptet wird, liegt das zum Teil daran, daß zwischen den verschiedenen Ministerien Kompetenzstreitigkeiten erwachsen sind, auch fehlen vorläufig die finanziellen Unterlagen. Deshalb will man sich zunächst mit einem einjährigen Provisorium begnügen, für das man die notwendigen Einnahmen zur Verfügung hätte. Gleichzeitig hat man sich auf ein Mehrjahrsprogramm grundsätzlich geeinigt, obwohl der Finanzminister Bedenken hatte, weil ihm dafür die Mittel noch nicht zur Verfügung stehen. Nach dem, was wir hören, wird das Ostprogramm für dieses Jahr auf 116 Millionen beschränkt, wovon 51 Mill. bereits im Etat für 1930 ausgeworfen sind.

Energische Betreibung der Reichsreform

M. Berlin, 7. Mai (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, sind im Reichsministerium des Innern in den letzten Tagen die Vorbereitungen für die Reichsreform wieder verstärkt betrieben worden, und man hofft, sie bis Ende des Monats so weit vorwärtsbringen zu können, daß am 30. oder 31. Mai der Ausschuss, gegebenenfalls mit den Unterausschüssen, wieder zusammentreten kann. Die Reichsregierung hat die Absicht, das Problem der Reichsreform jetzt energisch vorwärtszutreiben, und zwar schon mit Rücksicht darauf, daß die Verwaltung durch die Reichsreform sparsamer gestaltet und damit die anderen großen Aufgaben, die das Kabinett sich gestellt hat, finanziell erleichtert werden würden.

Reichseinnahmen und -ausgaben 1929/30 1 654 Millionen Fehlbetrag

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums haben die Einnahmen (alle in Millionen Reichsmark) im ordentlichen Haushalt im März 1930 536,5, und für die Zeit vom 1. April 1929 bis 31. März 1930 9524,9, und die Ausgaben 982,9 bzw. 10 266,6 betragen, so daß sich eine Mehrausgabe von 446,4 bzw. 741,7 ergibt.

Zu außerordentlichen Haushalten betragen die entsprechenden Ziffern in der Einnahme 94,3 bzw. 448,3, und in der Ausgabe minus 65,9 bzw. 302,9, so daß für März eine Mehreinnahme von 160,8 und für das ganze Rechnungsjahr eine Mehreinnahme von 146,3 entstanden ist. Die Minusausgabe erklärt sich aus dem Rückgang von Schuldverschreibungen des Reiches in Höhe von 79,0, von der die Ausgaben in Höhe von 13,1 in Abzug gebracht sind. Unter Berücksichtigung der Defizitvorträge aus dem Finanzjahr 1928/29 für beide Haushaltungen in Höhe von insgesamt 1058,9 ergibt sich am Ende des Rechnungsjahrs 1929/30 ein Gesamtfehlbetrag von 1654,3.

Der Kassenbestand des Reiches betrug am 31. März 1930 2080, von denen 2046 verwendet worden sind, so daß ein Restbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenkassen von 34 vorhanden war. Die schwebende Schuld hat sich von 1735,9 Ende Februar auf 1938,4 Ende März erhöht.

Die diplomatischen Reviements

M. Berlin, 7. Mai. (Priv.-Tel.) Der Reichspräsident empfing heute den deutschen Botschafter in Rom, Freiherrn von Neurath, nachdem gestern der deutsche Botschafter in London, Stamer, bei ihm gewesen war. Damit erhalten die Gerüchte über die bevorstehenden Veränderungen im diplomatischen Dienst neue Nahrung. Es dürfte auch in der Tat in kurzer Zeit ein Wechsel in Rom und in London erfolgen. Das bedeutet aber noch nicht das große Reviement, von dem immer gesprochen worden ist, und zu dem vor allen Dingen die Besetzung der neu geschaffenen Botschafterposten in den drei ABC-Staaten (Argentinien, Brasilien und Chile) gehört.

Briand reißt nach Genf Seine Panuropaaktion

W.V. Paris, 7. Mai. (Tel.) Außenminister Briand reißt am kommenden Sonntag nach Genf, um an der am 12. Mai beginnenden Völkervereinigung teilzunehmen. Er wird, wie der „Reit Parisien“ berichtet, dort Verhandlungen mit den Staatsmännern der anderen Länder, darunter auch mit Reichsaußenminister Dr. Curtius, haben. Die erste Zuhilfenahme werde bereits am Freitag in Paris erfolgen, da Briand an diesem Tage mit dem englischen Außenminister Henderson, der auf der Durchreise Paris berührt, am Quai d'Orsay frühstückt. Man sage vielleicht nicht zu viel, wenn man die Aufnahme vertritt, daß einer der Hauptpunkte ihrer Unterredung die Frage der bundesstaatlichen Organisation Europas sein werde, die Briand im September v. J. in Genf selbst aufgeworfen habe, und die er in einem demnächst an alle europäischen Regierungen zu versendenden Fragebogen im einzelnen behandeln werde.

Niederlage der englischen Arbeiterpartei

W.V. London, 7. Mai. (Tel.) Bei der Erstwahl in London wurde Sir Cyril Cobb (konservativ) mit 16 223 Stimmen gegen den sozialistischen Kandidaten gewählt, der 15 983 Stimmen erhielt. Der Wahlkreis war bisher in der Hand der Sozialisten, die bei den allgemeinen Wahlen rund 16 000 Stimmen erhielten, während die Konservativen gegen 14 000 und die Liberalen gegen 6000 Stimmen erhielten. Dies ist die erste Niederlage, die die Arbeiterpartei seit ihrem Amtsantritt bei einer Erstwahl erlitten hat. Bei dem Wahlkampf ging es hauptsächlich um die Frage: Freihandel oder Schutzzoll, und der erfolgreiche Kandidat Cobb führt das Ergebnis hauptsächlich auf die Agitation des Zeitungsmagnaten Lord Beaverbrook für den „Reichsfreihandel“ zurück.

Die Erdbebenkatastrophe in Birma

W.V. London, 7. Mai. (Tel.) „Daily Mail“ berichtet aus Rangoon: Die Stadt Pegu ist jetzt durch ein nach dem Erdbeben ausgebrochenes Feuer völlig zerstört worden. Die Zahl der Toten wird auf 5-7000 Personen geschätzt. Die Schwedagon-Pagode in Rangoon, die ein berühmtes Ziel für buddhistische Wallfahrer ist, wurde schwer beschädigt.

Die Zahl der Toten bei dem Erdbeben in Birma wird auf 400 geschätzt.

Wahlrecht für europäische Frauen in Südwestafrika. Die Gesetzgebende Versammlung in Windhof (Südwestafrika) hat mit 18 gegen 7 Stimmen einen Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechtes auf europäische Frauen in Südwestafrika angenommen.

Badischer Teil

Nationalsozialistische Verdrehungen

Zu den Vorgängen in Durlach

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Man ist von den Nationalsozialisten schon allenthalben gewohnt. Nicht nur, daß diese Partei des „dritten Reiches in Schönheit und Würde“ in ihrer Reklameagitation sich nicht scheut, den Zuhörern die dicksten Unwahrheiten vorzutragen, auch die nationalsozialistische Presse leistet sich die größte Entstellung und Verdrehung der Wahrheit, wenn es ihren Zwecken dienlich erscheint. Kommt es, was sich in der letzten Zeit wiederholt ereignet hat, infolge des aufreizenden Verhaltens der Nationalsozialisten zu Zusammenstößen mit Andersgesinnten, so sind natürlich die Hakenkreuzler stets die Unschuldsämmer, und sie verstehen es meisterhaft, in ihrer Presse die Schuld an den Vorgängen auf andere abzumwälzen und die Ereignisse selbst zu Agitationszwecken auszunutzen. Mit politischem Anstand hat ein solches Verhalten freilich nichts mehr zu tun, aber einen solchen hat man bei den Nationalsozialisten noch nie erwarten dürfen.

Eine der stärksten Leistungen auf dem Gebiete der Entstellung der Wahrheit hat sich das Karlsruher Organ der Nationalsozialisten „Der Führer“ (Folge 18 vom 3. Mai) mit der Berichterstattung über die Vorgänge geleistet, welche sich anlässlich der Veranstaltung der Nationalsozialisten am 27. April in Durlach abgespielt haben. Der Bericht wimmelt geradezu von Unwahrheiten und Entstellungen der Tatsachen. Eine der größten ist die Behauptung, die Polizei habe die Zusammenstöße verschuldet und sich nicht unparteiisch verhalten. Nach den einwandfreien Feststellungen von Augenzeugen sind es die Nationalsozialisten gewesen, die nach kurzem Wortwechsel zum tätlichen Angriff übergegangen sind, wobei ein jugendlicher Fahnenträger die Fahnenstange als Waffe benutzte. Da erst hat die Polizei pflichtgemäß eingegriffen. Von einer einseitigen Behandlung der Kommunisten, wie sie im „Führer“ behauptet wird, kann gar keine Rede sein. Die Polizei hat vielmehr auch diesen gegenüber energisch zugegriffen und 5 kommunistische Nadelsticker festgenommen.

Die größten Entstellungen leistet sich der Berichterstatler im „Führer“ auch hinsichtlich der Vorgänge, die sich bei der Wegnahme der Fahne durch die Polizei abgespielt. Hier wird behauptet, irgend ein „Bürobeamter“ habe die Erlaubnis erteilt, daß die als Beweisstück zu beschlagnahmende Fahne mit klingendem Spiel vor die Polizeiwache gebracht werden dürfe. Das ist absolut unwahr. Das hätte den Hakenkreuzlern so gepaßt, daß sie eine polizeiliche Anordnung noch zu einer Art Fahnenparade, womöglich mit Stechschritt, mißbraucht hätten. Es leuchtet doch jedem Kind ein, daß kein Polizeibeamter zu einer solchen Komödie die Erlaubnis gegeben hätte.

Ebenso ist es eine grobe Unwahrheit, wenn im „Führer“ behauptet wird, die uniformierte Polizei habe die „harmlos“ auf die Wache marschierende Abteilung mit Gummiknüppeln überfallen. Fest steht vielmehr, daß diese „harmlose“ Abteilung in das Wachgebäude einmarschieren wollte und trotz wiederholter Aufforderung der Polizei nicht zurückwich und ebenso die Herausgabe des zu beschlagnahmenden Wimpels verweigerte. Erst daraufhin hat die Polizei eingegriffen, den Platz vor der Wache säubert und den Wimpel beschlagnahmt. Sie war zu diesem Vorgehen durch die Haltung der Nationalsozialisten gezwungen, und diese haben es sich allein zuzuschreiben, wenn von dem Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte.

Das ganze Verhalten der Nationalsozialisten bei diesem Vorgang grenzt an Landfriedensbruch. Es ist einwandfrei festgestellt, daß auf ein plötzlich ertönendes Hornsignal eine Anzahl von Nationalsozialisten von dem Wagenpark wegziehen und gegen die Wache anstürmten. Hätte das die Polizei vielleicht ruhig dulden und vor den Herren Hakenkreuzlern kapitulieren sollen? Sie konnte gar nicht anders handeln, als es geschehen ist, nämlich den Platz vor der Wache wieder zu säubern. Das Hornsignal in Verbindung mit dem Anstürmen der Nationalsozialisten gegen die Wache mußte von der Polizei als Angriffszugung aufgefaßt werden. Daß auch die Nationalsozialisten das Hornsignal so auffaßten, geht ganz klar aus ihrem Verhalten hervor. Die volle Schuld an den Vorgängen fällt auf die Nationalsozialisten. Hätten sie den Anordnungen der Polizei Folge geleistet, so wäre jeder Zwischenfall vermieden worden. Das Gleiche wäre vielleicht der Fall gewesen, wenn der Führer der Nationalsozialisten, Major a. D. Fröschlich, seine Leute besser in der Hand gehabt hätte. Es hat sich aber gezeigt, daß er im kritischen Moment jeden Einfluß auf seine Firmensener Parteigenossen verloren hatte.

Umsonst leugnet der Bericht im „Führer“, daß kein Polizeibeamter verletzt worden sei. Es steht vielmehr fest, daß ein Polizeiwachmeister in den Rücken gestochen wurde, und nur der Umstand ihn vor einer sehr schweren Verletzung bewahrt hat, daß die Wunde des Stiches durch den an dieser Stelle doppelten Tragiemen aufgefunden worden ist. Ebenso sind zwei weitere Polizeibeamte leicht verletzt worden. Daß einzelne der Nationalsozialisten sich auf einen „Kampf“ eingerichtet hatten, geht ja auch daraus hervor, daß ihnen allenthalben Waffen abgenommen worden sind.

Gegen die Polizei kann sonach nicht der geringste Vorwurf erhoben werden. Sie hat in Ausübung ihrer Pflicht gehandelt und war während der ganzen Zeit Herrin der Situation. Der im „Führer“ erhobene Vorwurf, die Polizei hätte die Zusammenstöße verschuldet, ist nach allem, was bisher ein-

wandfrei festgesetzt worden ist, eine grobe Unwahrheit, mit der sich die nationalsozialistischen Provokateure weidwärtigen wollen.

Der Polizeibericht über die Vorgänge in Durlach, den der „Führer“ zu zerpfänden versucht, entspricht den Tatsachen. Nur in einem Punkte enthielt er, wie sich nachträglich ergab, eine Unrichtigkeit. Der verletzte Polizeiwachmeister Hübner hat keinen Schredsschuß abgegeben, sondern nach dem Nationalsozialisten, der ihn gestochen hatte, in berechtigter Notwehr geschossen.

Zu der Haltung der Polizei noch ein Wort: Man hört nicht selten von linksradikaler Seite den Vorwurf, die Polizei werde sich nur gegen die Kommunisten. Im Fall Durlach war sie gezwungen, gegen die rechtsradikalen Nationalsozialisten vorzugehen, und flugs kommt von dieser Seite der Vorwurf der einseitigen Haltung der Polizei. Diese, von den Extremen links und rechts erhobenen Anwürfe entbehren jeder Berechtigung. Die Polizei ist keiner Partei dienstbar, sie ist ein staatliches Organ, das die Pflicht hat, für Aufrechterhaltung der Autorität des Staates und für die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu sorgen. In Erfüllung dieser Aufgabe wird sie von ihren Kräften nach links und rechts entsprechend Gebrauch machen, wo es die Umstände notwendig erscheinen lassen.

Badischer Landtag Straßenbauten und Gemeinden

Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtags beschäftigte sich am Dienstag in zwei Sitzungen mit den beiden wichtigen Änderungen des Straßen- und sogenannten Pflastergesetzes. Während das erstere alle Gemeinden berührt, deren Gemarkungen von Landstraßen durchzogen werden, bezieht sich das letztere auf die zehn größten Städte des Landes.

Der Wiederaufbau der Landstraßen nach dem Kriege und der Zeit der Inflation sowie deren Anpassung an den geänderten und gesteigerten Verkehr erforderte große Aufwendungen und belastete die Gemeinden in unerträglichem Umfang. Der Badische Landtag faßte am 13. Juli 1928 den Beschluß, die Regierung um Vorlage eines Entwurfes für die Änderung des Straßen- und Pflastergesetzes zu ersuchen, das eine entsprechende Ermäßigung des Kostenanteils der Gemeinden (ein Viertel der Unterhaltungskosten) vorsieht. Der neue Gesetzentwurf sieht die Leistung der staatlichen Zuschüsse nach dem wirklichen Aufwand vor. Die Änderungsbedürftigkeit des Gesetzes im Sinne einer Senkung der Kostenbeiträge wird von den Städten grundsätzlich anerkannt, dagegen wird der neu vorgesehene Staatsanteil von rund 333 000 M gegenüber von etwa 1,5 bis 2 Millionen Reichsmark nach dem geltenden Gesetze als unzulänglich bezeichnet. Nach der Berechnung der Städte sollten die entsprechenden Kostenzuschüsse etwa eine Million jährlich betragen. Staatspräsident Dr. Schmitt trat zunächst dem Vorwurf der Städte entgegen, als ob das Anfordungsrecht der Gemeinden nicht gewahrt worden sei. Er hätte gewünscht, daß es möglich gewesen wäre, die Regelungen des Pflastergesetzes in das Straßengesetz aufzunehmen, aber es sei als unzulässig erachtet worden, weil in dem Gesetze eine Menge Sonderabmachungen, namentlich hinsichtlich der Brücken im Zug der Straßen enthalten seien, welche sich nicht für ein Gesetz eignen. Im übrigen seien die Grundzüge des alten Gesetzes auch im neuen gewahrt. Die Städte würden das erhalten, was sie beanspruchten könnten.

Der Präsident der Wasser- und Straßenbauverwaltung, Dr. Buchs, vertrat die Auffassung, daß in den vergangenen Jahren die Städte viel mehr erhalten hätten, als sie nach ihren eigenen Angaben aufwendeten. Der Ausbau der städtischen Landstraßen seit 1900 sei im wesentlichen im Interesse der Straßen als Ortstraßen und nicht als Durchgangsstraßen erfolgt, gehe also nicht zu Lasten des Staates. Der vorgesehene Aufwand für die laufende Unterhaltung der Pflaster sei ausreichend. In der Nachmittagsitzung wird die Änderung des Straßen- und Pflastergesetzes besprochen.

Der Gemeindeanteil an den Kosten der Landstraßenunterhaltung ist nach dem Verhältnis des örtlichen zum gesamten Verkehr zu hoch geworden und bedarf der gesetzlichen Ermäßigung. Nach dem Gesetz sollen die Gemeinden nicht mehr ein Viertel des erwandenen Unterhaltungsaufwandes, sondern denjenigen Kostenanteil rückerhalten, welcher nötig wurde, wenn an Stelle der Landstraße ein vier Meter breiter, flachweise unterhaltener Ortsverbindungsweg vorhanden wäre.

Zu diesem Gesetzentwurf nehmen die Gemeinden des Städteverbandes und des Städtebundes sowie des Verbandes der Landgemeinden eine verschiedene Einstellung ein. Die ersten beiden Gruppen wollen an Stelle des obengenannten Ortsverbindungsweges, welcher den Kostenmaßstab abgeben soll, einen besser unterhaltenen Feldweg setzen, da sich hiernach der örtliche Verkehrsbedarf richtet. Sofern diesem Antrag nicht stattgegeben werden kann, wollen die beiden Städteverbände ein Viertel des Landstraßenaufwandes übernehmen, wenn zuvor am Gesamtaufwand die Einkünfte aus der Kraftfahrzeugsteuer in Abzug gebracht seien. Die Landgemeinden sind mit dem Gesetzentwurf bezüglich der Landstraßen einverstanden, wünschen aber Verteilung der den Gemeinden verbleibenden Kosten über das ganze Land hin nach Kopfzahl und Steuerkraft. Neben der Übernahme einer Reihe von Straßen in den Landstraßenverband wünschen die Landgemeinden mit den Städten eine Beteiligung an der Kraftfahrzeugsteuer als Anteil der Unterhaltungskosten für Straßen, welche nicht Landstraßen sind. Die Forderung der Straßenkostenumlage nach Einwohnerzahl und Steuerkraft lehnen die Städte ab.

Nach Ansicht des Berichterstatters sei es z. B. schwer, dem Antrag der Gemeinden und Städte auf Beteiligung an der Kraftfahrzeugsteuer, welchem sich auch die Kreise angeschlossen haben, näher zu treten, da dies den bereits verabschiedeten Staatshaushalt aus dem Gleichgewicht bringen würde. Die Regierung vertrat die Auffassung, daß die Gemeinden durch das neue Straßengesetz eine Erleichterung erfahren, die allerdings nicht erheblich sei. Eine Erleichterung sei es, wenn der Gemeindebeitrag stabilisiert und von den staatlichen Aufwendungen losgelöst würde. Die Kostenanteile der Gemeinden nach den Aufwendungen eines einfachen Ortsverbindungsweges zu bemessen sei gerecht. Die Angaben der Städte, das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer sei höher als der gesamte Landstraßenaufwand, träfen nicht zu. Die gewünschte Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer sei ein schwieriges Problem.

Nach einer sehr regen Aussprache wurde beschlossen, daß zunächst die Fraktionen sich noch einmal gründlich mit den Angelegenheiten befassen sollten, um das Ergebnis der Aussprache im Haushaltsausschuß zu verarbeiten.

Der Haushaltsausschuß wird am heutigen Mittwoch das Wohnungsfürsorgegesetz behandeln, am Donnerstag sollen die Fraktionen zu diesem Entwurf sowie zu den beiden Straßengesetzentwürfen Stellung nehmen, und am Freitag soll dann die Aussprache über Pflastergesetz und Straßengesetz fortgesetzt werden.

Die Rheinregulierung Basel-Strasbourg

Nachdem Deutschland den Vertrag wegen der Rheinregulierung ratifiziert hat, werden in der nächsten Zeit die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. Gleichzeitig wird auch das Protokoll in Kraft treten, das am 18. Dezember 1929 zwischen der Schweiz, Frankreich und Deutschland abgeschlossen worden ist.

Als Schweizerische Mitglieder der im Vertrag vorgesehenen Baukommission zur Überwachung der Arbeiten technischer und administrativer Natur hat der schweizerische Bundesrat am Dienstag bezeichnet: Dr. T. Rügner, Direktor des Wasserwirtschaftsamtes in Bern und als seinen Ersatzmann und gleichzeitig als Sachverständiger, Ingenieur Kuntzsch; 2. Ingenieur V. V. V. V., Direktor der schweizerischen Gesellschaft für Elektrizität in Basel und als Ersatzmann und Sachverständiger, Ingenieur O. V. V. V. (Basel). Als Mitglieder des Finanzausschusses gemäß Artikel 6 des Vertrages hat der Bundesrat bezeichnet: Regierungsrat Minscher, Finanzdirektor des Kantons Baselstadt, und Hans Ruffel, Chef der Finanzkontrolle in Bern.

Versuchsfahrten auf dem Oberrhein

In der letzten Zeit haben mehrere Dampfer die Schiffsahrt auf der unregulierten Strecke des Oberrheins aufgenommen. Wie aus Basel weiter berichtet, handelt es sich hier vorläufig nur um Versuchsfahrten. Nachdem letztes Jahr wegen der Bauarbeiten am Rember Wehr und wegen der mäßigen Wasserstände die Wasserfahrt auf dem Oberrhein in ganz beschränkter Weise gehalten wurde, war es dieses Frühjahr, vielleicht noch mehr als sonst, notwendig, durch Versuchsfahrten festzustellen, wie sich die Fahrten im unregulierten Strom und insbesondere auch an der Pfeiler-Schwelle gestalten. Diese ersten Schiffe sind gelegentlich solcher Versuchsfahrten nach Basel gelangt. Die Erfahrung hat dabei ergeben, daß bei dem jetzigen Wasserstand nicht daran gedacht werden kann, den Verkehr nach Basel, ab Strasbourg oder Bess, auf dem Rhein aufzunehmen. Ganz abgesehen von der Gefahr der Beschädigung der Pfeiler durch die Schiffe bei der praktisch unmöglichen, geringen Abladetiefe ausgedehnten. Heute, da der Wasserstand bereits wieder fällt, ist ohnehin nicht an die Aufnahme eines regelmäßigen Verkehrs mit Rheinschiffen zu denken. Den Reedereien bleibt darum nichts übrig, als bessere Wasserstände abzuwarten.

Aus der badischen Industrie

Die Rheinische Gummi- und Zellulosefabrik in Mannheim hat auf Antrag die Genehmigung erhalten, erneut 500 Arbeiter zu entlassen. Der Abbau soll laut „Neue Bad. Landesztg.“ nach und nach erfolgen. Seit dem Beschluß der Aktienmajorität sind schon verschiedentlich größere Arbeiterentlassungen vorgenommen worden, die mit Rationalisierungsmaßnahmen begründet werden.

Tagungen

Die 11. ordentliche Generalversammlung der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels e. V. findet am Sonntag, dem 8. Mai d. J., im großen Saal der Eintracht in Karlsruhe statt.

Krankenfürsorge badischer Lehrer. In Offenburg fand die Vertreterversammlung der Krankenfürsorge badischer Lehrer statt. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß im verflochtenen Jahre im ganzen rund 8000 Krankheitsfälle zu erledigen waren mit einer Gesamtsumme von rund 505 000 M. Bei der Krankenfürsorge sind insgesamt 42 351 Mitglieder versichert. Der Jahresumsatz betrug erstmals seit Bestehen über eine Million Reichsmark.

Der 4. Landesvertretertag des Verbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des Badischen Kriegsverbands fand am Samstag und Sonntag in Freiburg statt. Der Tagung wohnten an beiden Tagen Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Versorgungsbehörden, der Fürsorge, des Leiters des Hauptversorgungsamtes Baden und des Versorgungsgerichts Freiburg bei. Der Vertreter des Spitzenverbandes „Reichsverband der Kriegsbeschädigten“ versprach, sich bei den zuständigen Stellen des Reiches für die Erfüllung der vorgetragenen Wünsche einzusetzen zu wollen.

Der Landesverband Badischer Tierischzüchter hielt Sonntag in Willingen seine Tagung ab. Verbandsvorsitzender, Oberst a. D. Wittich, Freiburg, erstattete den Bericht über die rege Vereinsaktivität. Der Verband zählt 168 Tierzucht- und 3 Vogelzuchtvereine in 48 Gemeinden mit einer Mitgliederzahl von 4400. In einzelnen Landesteilen lasse die Ausbreitung noch sehr zu wünschen übrig. Der Vorsitzende gab in einem längeren Vortrag praktische Ratschläge für die Arbeit in den Ortsgruppen.

Schwarzwälder Granitwerke

C. KIEDERLE
Bühl i. B.

Gegr. 1888 • Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sokkel, Stufen, Quader usw.), Randsteine, Leistensteine, Säurebottiche und Bodenbelag

aus säurebeständigem Material

Pflastersteine (Groß- u. Kleinpflaster), Grenzsteine, Mauersteine liefern wir nur aus eigenen Brüchen

Schleiferei • Bildhauerei

Werkplätze • 250 Arbeiter

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der tiefe Druck liegt heute morgen mit seinem Kern über Süddeutschland. In seinem Norden fröht fühler maritime Luft, die unter dreibeitigen Niederschlägen bei uns eingebrungen ist. Auch morgen wird unsere Bitterung von der in vielen Staffeln nach Süden vordringenden Kaltluft bestimmt sein. Wetterausichten: Kühl und vorwiegend trocken, vielfach regnerisch, besonders im Süden des Landes, nördliche Luftzufuhr.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Der Hausmeister des Rathauses, Eduard Grenlich, ist nach langem schwerem Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben. Grenlich wäre demnächst 25 Jahre im städtischen Dienst gestanden.

Ein neues Erdbeben festgestellt. Die Erdbebenmeldung des Geobotanischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe vom letzten Montag hat durch die kürzliche Nachricht aus Indien eine rasche Bestätigung gefunden. Auch aus Argentinien wird über schwere Erdstöße berichtet. Eine neue starke Erschütterung registrierten die Instrumente der Erdbebenwarte bei der Technischen Hochschule Karlsruhe in der Nacht zum Mittwoch um 23.40.22 Uhr. Das Epizentrum liegt bedeutend näher, als bei dem Beben der vorhergehenden Tage und dürfte in einer Entfernung von etwa 3500 Kilometer zu suchen sein. Das Ende der Bewegung erfolgte gegen 2 Uhr. Nach den Aufzeichnungen muß im Epizentralgebiet mit einer zerstörenden Wirkung des Bebens gerechnet werden. — Zur Zeit befindet sich unsere Erde in einer Periode erhöhter seismischer Tätigkeit, deren Ursache in den allmählich sich vollziehenden isostatischen Ausgleichsbewegungen der Erdrinde zu suchen ist.

Karlsruher Großflugtag 1930. Das Büro der Luftfahrt Dr. W. Heilmann, Mannheim, veranstaltet am Sonntag, 1. Juni, auf dem Flugplatz der Badisch-Pfälzischen Luftkassa AG, Karlsruhe, einen Großflugtag, der im Benehmen mit dem Badisch-Pfälzischen Luftfahrtverein e. V. und der Deutschen Luftkassa AG, Verwaltung als großzügiger Flug- und Werbetag gedacht ist. In den letzten Jahren wurde in den meisten größeren badischen Plätzen eine derartige Veranstaltung durchgeführt, wobei nur Höchstleistungen in Kunst- und Geschicklichkeitsflügen von Meistern des Kunstfluges gezeigt wurden.

An unsere Leser und Interessenten richtet ein Geschäftsmann folgende Bitte: Ich mache immer wieder die Erfahrung, daß nach Angebotsabgabe sowohl Behörden als auch Landwirte, landw. Berufe usw. keinerlei Rückmeldung geben, selbst wenn das Angebot direkt angefordert wurde. In Industriezweigen bedeutet es eine Selbstverständlichkeit, den Eingang eines Angebotes zu bestätigen und mitzuteilen, welche Ansicht die anbietende Firma hat. Bei persönlichen Besuchen nach vorhergegangener Abgabe von Angeboten, auf welche keine Antwort folgte, und deren weitere, schriftlichen Anfragen unbeantwortet blieben, erhält man meist den Bescheid, daß bereits anderweitig gekauft, der Auftrag auf lange Zeit zurückgestellt worden ist usw., kurz, daß der Besuch umsonst war. Solche erfolglosen Besuche und deren Unkosten könnten mit einer Postkarte bemißen werden, nicht zuletzt zum Nutzen des Auftraggebers, da ja unnötige Reisekosten die Ware nur verteuern.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Schon immer haben die schwedischen Filme besonderes Interesse in Deutschland gefunden. In der Darstellungskunst wie auch der technischen Seite in der Filmmunst zeigen die Schweden eine besondere Note. Dies gilt auch von dem Film „Mausch“, der nach einem gleichnamigen Bühnenstück von A. Strindberg gedreht wurde. Er schildert die Geschichte und das Leben eines Künstlers, der jahrelang um den Erfolg ringend, plötzlich berühmt wird und durch eine Schauspielerin, welche die Hauptrolle in seinem Werk verkörpert, aus seiner Bahn gerissen wird. Die Hauptrollen liegen in den Händen von bekannten Künstlern, wie Lars Hanson, der besonders produktiv zu nennen ist, und Gina Manes. Die Handlung beginnt an der schwedischen Küste und führt uns nach Paris. Schade, daß dieser Film sehr schlecht besetzt war, trotzdem er weit über den Durchschnittsfilmen steht.

Verkehrsunfälle durch nassen Asphalt. Der geistige Polizeibericht meldet wieder zwei Verkehrsunfälle, bei denen Kraftwagen infolge des nassen Asphalts ins Schleudern gerieten. Wir haben schon mehrfach auf die Gefahren hingewiesen, die bei Regenwetter auf den heutigen Asphaltstraßen für den Kraftfahrzeugverkehr und die Passanten entstehen, und angeregt, endlich dieser Frage mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

X. Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters. Die Reihe der dieswintlichen Sinfoniekonzerte beschließt am Montag, dem 12. Mai, eine Aufführung von Beethovens neunten Sinfonie in der städt. Festhalle. Diesem größten und grandiossten sinfonischen Werk des klassischen Meisters geht unter der Leitung von Generalmusikdirektor Josef Krips eine Wiedergabe seiner ersten Sinfonie (C-Dur, op. 21) voraus. Gerade die Gegenüberstellung einer Frühkomposition zu dem krönenden Hauptwerk in Beethovens Gesamtwerk dürfte dem Konzert eine selten vollinhaltliche Bedeutung geben. Im Vokalquartett des Chorfinale (Badischer, Sing- und Hilfschor des Landestheaters) wirken mit: Mary Effelsgröth, Magda Strad, Wilhelm Neutwig und Franz Schuster.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	7. Mai		6. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.42	168.76	168.51	168.72
Kopenhagen 100 Kr.	111.98	112.20	111.99	112.20
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985	21.935	21.975
London . . . 1 Pf.	20.341	20.381	20.352	20.382
New York . . 1 D.	4.1865	4.1965	4.1845	4.1925
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.46	16.42	16.46
Schweiz . . . 100 Fr.	81.085	81.245	81.07	81.23
Wien 100 Schilling	59.03	59.15	59.025	59.145
Prag . . . 100 Kr.	12.407	12.427	12.50	12.41

Der Mannheimer Hafenverkehr im April

Der Wasserstand des Rheins wie des Neckars zeigte während des Berichtsmontats ganz erhebliche Schwankungen. Während er in den ersten Tagen noch fallende Tendenz zeigte, trat in der zweiten Woche eine erhebliche Wasserzufuhr ein. Der niedrigste Wasserstand betrug am Rhein wie am Neckarpegel 2,38 Meter und der höchste Wasserstand am Rheinegel 4,94 Meter, am Neckarpegel 5,21 Meter.

Der Gesamtumschlag betrug 531 041 Tonnen (im Vorjahr 632 588), gegenüber dem Vormonat mehr 127 641 Tonnen. Die mehr beförderte Gütermenge entfällt hauptsächlich auf Düngemittel, Getreide und Erdöl (Benzin).

Bei Vergleichung des Gesamtumschlages mit demjenigen des Vorjahres ist zu berücksichtigen, daß sich im April des Vorjahres die beinahe zweimonatige Stilllegung der Schifffahrt durch den starken Frost auswirkte.

Der Umschlag von Hauptschiffen zu Hauptschiff betrug 66 226 Tonnen.

Es kamen auf dem Rhein 169 Güterboote und 778 Schleppfähne an, die 432 933 Tonnen Güter löschten. Abgegangen sind 164 Güterboote und 746 Schleppfähne mit 70 978 Tonnen Gütern. An dem Verkehr auf dem Neckar nahmen bei der Ankunft 2 Güterboote und 106 Schleppfähne mit 17 246 Tonnen Gütern und beim Abgang 4 Güterboote und 116 Schleppfähne mit 9 884 Tonnen Gütern teil. Auf den Danbelschiffen entfallen in Ankunft 155 189 Tonnen, in Abgang 82 959 Tonnen;

auf den Industriehafen entfallen in Anknunft 64 181 Tonnen, in Abgang 6 561 Tonnen; auf den Rheinhafen entfallen in Anknunft 197 757 Tonnen, in Abgang 8138 Tonnen.

Von den wichtigsten Güterarten hatte die Kohle mit 233 228 Tonnen an dem Verkehr den größten Anteil. Der Umschlag in Getreide betrug 63 552 Tonnen, an Holz 13 197 Tonnen, Kies und Sand 17 014 Tonnen, Salz 37 370 Tonnen, Mehl 7789 Tonnen, Erdöl (Benzin) 20 709 Tonnen und Wein- und Obst 17 686 Tonnen.

Pforzheim und die amerikanischen Zölle. Schmuckwarenfabrikanten in Pforzheim haben aus Amerika die Nachricht erhalten, daß der amerikanische Zolltarif für Schmuckwaren endgültig auf 110 Proz. vom Wert erhöht worden ist, und daß damit zu rechnen sei, daß der neue Tarif in aller Kürze in Kraft tritt. Die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie hofft, daß dies noch nicht das letzte Wort ist, denn der amerikanische Senat hat die Zollhöhung für Schmuckwaren abgelehnt. Es besteht immerhin noch die Möglichkeit, daß eine Änderung erfolgt. Jedenfalls handelt es sich für die gesamte deutsche Schmuckwarenindustrie um eine sehr wichtige Angelegenheit. Die Industrie- und Handelskammer Pforzheim hat deshalb sofort telephonisch in Berlin und Karlsruhe um Wahrung ihrer Interessen gebeten.

Fusion im Jungbans-Konzern. Die Vereinigten Freiburger Maschinenfabriken AG. ink. v. v. m. Gustav Veder in Freiburg i. Schf., beruft auf den 26. Mai eine außerordentliche Hauptversammlung ein, die den Fusionsvertrag mit der Gebr. Jungbans AG. in Schramberg, die bisher schon rund 98 Proz. des 266 Millionen Reichsmark tragenden Aktienkapitals kontrollierte, nachdem seinerzeit ein Umtausch von Vereinigten Freiburger- in Jungbans-Aktien vorgenommen worden war, genehmigen soll. Wie wir erfahren, wird die Jungbans-AG. den Freiburger Betrieb, dessen Geschäftsgang, wie in der gesamten Maschinenindustrie als weiter recht ruhig bezeichnet wird, in unänderlicher Form weiterführen.

Kraftübertragungswerke Rheinfelden AG. in Rheinfelden in Baden. Nach den Beschlüssen der ordentlichen Generalversammlung vom 5. Mai gelangt gemäß dem Vorschlag der Verwaltung für 1929 eine Dividende von wiederum 10 Proz. auf das Kapital von 15 Millionen Reichsmark (i. B. 12 Millionen Reichsmark) sofort zur Auszahlung. Der Vorstand berichtet, daß die Stromabgabe unter der Wirtschaftskrise leide, die sich jetzt fast auf alle Gebiete der Industrie erstreckt. Andererseits sei es gelungen, neue Stromabnehmer zu gewinnen und auch den Verkauf von Licht und Kleinkraft zu fördern. Die Bauarbeiten bei dem Kraftwerk Rhyburg-Schwörstadt und dem Schluffseewerk schreiten programmäßig voran. In der Versammlung war ein Kapital von 10 305 000 RM vertreten.

Basler Hafenverkehr. Wie noch in keinem April erreichte der Verkehr in den Basler Hafenanlagen den Umfang von 28 782 Tonnen. Zum erstenmal in diesem Jahr trafen im vergangenen Monat auch Güter auf dem Rheinstrom selbst ein. Es handelte sich allerdings nur um Versuchsfahrten, die von dem guten Wasserstande des unregulierten Rheines profitierten. Im ganzen wurden auf dem Rheinstrom 3194 Tonnen befördert, auf dem Güninger Zweigkanal dagegen 80 588 Tonnen. Erst die Beendigung der Stromregulierung dürfte das Verhältnis umkehren. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres wurden 228 537 Tonnen in den Hafenanlagen Basels umgeschlagen oder mehr als doppelt soviel im gleichen Zeitraum des Vorjahres (104 000 Tonnen).

Gemeinderundschau

Der Bürgerausschuß Karlsruhe

genehmigte am Dienstag mit Mehrheit eine neue Wertzuwachssteuerordnung. Vom Zentrum war die Zurückstellung der Vorlage beantragt worden. Bürgermeister Kleinschmidt wies darauf hin, daß die Neuordnung lediglich auf eine Verabredung der Städte hin untereinander geschahen sei, und daß die Stadt mit der Umgestaltung an sich keine Eile hätte. Die neue Verordnung bringe durch die Rückziehung von 1900 an eine gewisse Verschärfung, durch Berücksichtigung der Eigentumsdauer aber eine Milderung. Im Durchschnitt werde sich der Veräußerer materiell nicht schlechter stellen.

Zu einer ausgiebigen Aussprache kam es wegen der Straßenbahn nach Happersweier. Es wurden 56 000 RM bewilligt zum Einbau eines Verbindungsgleises, Verlängerung von Ausweichen und Einbau von optischen Signalvorrichtungen auf den eingleisigen Streckenteilen. Dadurch soll der 7 1/2-Minuten-Verkehr statt des bisherigen viertelstündlichen Verkehrs ermöglicht werden.

Der Obmann des Stadtverordnetenvorstandes betrachtete die Vorlage nur als eine Teillösung für den notwendigen durchgängig zweigleisigen Ausbau dieser Linie. Letzterer sei jedoch wegen der Kosten vorerst vertagt worden.

Stigmund (Soz.) kritisierte, daß die Vorlage so spät komme, der Umbau hätte schon während der verkehrsarmen Zeit statt jetzt in der beginnenden Hauptverkehrszeit durchgeführt werden können. Ebenso sei die schmale Brücke über den Alt-Rhein nicht im Hinblick auf den doch zu erwartenden Massenverkehr gebaut worden. Die Stadt hätte energischer an den zweigleisigen Ausbau herangehen müssen. Es sei besser, die Vorlage zu vertagen bis man gleich an den zweigleisigen Ausbau denken könne. Der Zentrumsvorredner sprach sich trotz gleicher Bedenken für die Vorlage aus, obwohl dem Verkehrsbedürfnis nicht Rechnung getragen werde und ganze Arbeit wünschenswerter wäre. Bei zweigleisigem Ausbau wäre das Flächenwert nicht notwendig. Immerhin ergebe sich bereits ein Aufwand von rund 330 000 RM für diese Linie. Dazu kämen für den zweigleisigen Ausbau noch rund 150 000 RM. In ähnlicher Weise äußerten sich die weiteren Redner. Der Oberbürgermeister wies auf die schwierige Finanzlage der Stadt hin. In einer solchen Zeit müsse man sich einschränken. Der 7 1/2-Minuten-Verkehr bringe eine ganz wesentliche Verbesserung. Schon dieser Vorlage gegenüber habe er finanzielle Bedenken gehabt. Die Hauptaktion komme erst im Juni, bis dahin werde die Verbesserung zu sein. Man werde dazu vier Wochen brauchen. — Die Vorlage fand Annahme, ebenso verschiedene kleinere Vorlagen, darunter die Errichtung einer Turnhalle im Stadtteil Durlach.

Am Montag, 26. Mai wird der Bürgerausschuß mit der Beratung des städt. Haushaltsplanes beginnen.

Erhöhungen der Karlsruher städtischen Tarife. Wie schon im Haushaltsvoranschlag für 1930 angekündigt, hat der Karlsruher Stadtrat mit Wirkung ab 1. April d. J. eine Erhöhung des Wasserpreises und die Erhebung von Stromzählermieten beschlossen. Der Wasserpreis wird bei Berechnung nach dem Verbrauch von 12 auf 15 Pf je Kubikmeter und bei Berechnung nach dem Steuerwert von 1,5 auf 2 Pf monatlich von je 100 RM Steuerwert erhöht. Als Beiträge der Abnehmer zu den Kosten der Meßrichtungen für Strom werden Mieten von 0,30 RM bis 1,20 RM je nach Verbrauch erhoben. Bürgermeistervorwahl. In Oberhof wurde der Gemeinderat Friedrich Baumgartner mit sämtlichen abgegebenen Stimmen (196 Stimmen) zum Bürgermeister gewählt. — In Oberried

wurde der seitherige Bürgermeister Anf. Steinhart mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt. Von 887 Wahlberechtigten hatten 308 abgestimmt. Der Gegenkandidat, Sägewerksbesitzer D. Rietzer, erhielt 86 Stimmen, Herr Bürgermeister Steinhart 183 Stimmen. Schon seit 27 Jahren hat Steinhart nun das Amt des Bürgermeisters inne. — In Pfaffenberg wurde mit 68 von 87 abgegebenen Stimmen der Besitzer des Gasthauses zum „Schlüssel“, August Arnold Schmidt, zum Bürgermeister gewählt. — In Biederbach (Amt Waldkirch) wurde der Finanzassistentenverwalter Georg Schäfer mit 441 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. — In Malsch (Amt Emmendingen) wurde der bisherige Bürgermeister Karl Wenz wiedergewählt. — In Riel wurde der bisherige Bürgermeister Friedrich Hagenbach mit 156 Stimmen wiedergewählt. Auf die beiden anderen Kandidaten, Gemeinderat Zimmermann und Gemeinderat Ranft, entfielen 89 bzw. 34 Stimmen.

Die Bautätigkeit in Mannheim. Der Neuzugang an Wohnungen betrug vom 1. Januar bis 31. März 1930 211 (Zugang durch Neubau 210, durch Umbau 15, Abgang durch Umbau 8, Abgang durch Abbruch 11). Von den neu geschaffenen Wohnungen sind 55 Wohnungen mit 1—3 Zimmern, 161 Wohnungen mit 4—6 Zimmern, 9 Wohnungen mit 7 und mehr Zimmern. Es wurden 40 neue Wohngebäude erstellt. Für insgesamt 28 Neubauten, die 186 Wohnungen ergaben, wurde eine Baufostenbeihilfe bewilligt. 26 neue Wohngebäude wurden von privaten Bauherren erstellt. Davon sind 6 Kleinhäuser mit 1—2 Wohngehöften und höchstens 4 Wohnungen.

Der Bürgerausschuß Neckarumgen nahm in seiner gestrigen Sitzung den Haushaltsplan an. Der Umlagefuß für Grundbesitz wurde von 1,40 RM auf 1,38 RM verringert; der Steuerfuß für Betriebsvermögen beträgt 55 Pf (1929 56 Pf), der Steuerfuß für den Gewerbeertrag 6,90 RM (1929 7,02 RM).

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Freiburg i. Br., 6. Mai. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Freiburg-Stadt weist in ihrem Geschäftsbericht für 1929 auf die krisenhafte Finanzlage der Kasse durch die Versicherten hin, die seitweise 74 Proz. betrug. Auf der anderen Seite gingen die Versicherungsbeiträge außerordentlich schlecht ein, so mußten über 300 Pfändungen vorgenommen werden. Nicht weniger als 58 Schuldner leisteten den Offenbarungseid.

D3. Godingen (Amt Donaueschingen), 7. Mai. Heute früh 4 1/2 Uhr brannte das dem Vorstand des Bauernvereins Ignaz Nieder gehörende Wohn- und Ökonomiegebäude nieder. Die Brandursache dürfte Kurzschluß sein. Das Inventar konnte nur zum Teil gerettet werden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 85 000 RM.

D3. Nieheim (Amt Willingen), 6. Mai. Heute nachmittag brannten hier zwei große Doppelhäuser nieder. Etwa um 4 Uhr entstand im zweiten Stock des Hauses des Landwirts Peter Bucher aus noch unbekannter Ursache ein Brand, der rasch auf das angebaut Anwesen des Landwirts Andreas Weiber übergriff. Durch den Westwind waren zahlreiche umliegende Gebäude bedroht. Kurz vor Eintreffen der Willinger Motorspritze trieb ein Windstoß die Flammen auf das in der Nähe gelegene Doppelanwesen der Landwirte Meininger und Franz Zimmermann, das ebenfalls in kurzer Zeit einem Flammenmeer glich. Die beiden mit Schindeln bedeckten Anwesen sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt, während ein zwischen ihnen stehendes kleines Haus, das mit Ziegeln gedeckt war, verschont blieb.

Städtische Sparkasse Rastatt

Öffentlich-rechtliche Spar- und Kreditanstalt **Gegründet 1838** **Ältestes Geldinstitut von Stadt u. Bezirk Rastatt**

Darstellung des Vermögens und der Schulden am 31. Dezember 1929.

A) Vermögen:		B) Schulden:	
	RM.		RM.
1. Kassenvorrat am 31. Dez. 1929	38 526,93	1. Spareinlagen:	
2. Kapitalien und zwar:		a) auf RM.-Konten	
a) Bankguthaben	258 353,87	RM. 6 090 574,90	
b) Wechsel	149 713,76	b) a. Aufwertkonten	
c) Wertpapiere (Kurswert am 31. 12. 1929)	95 063,78	RM. 1 999 452,36	8 090 027,26
d) Darlehen in laufender Rechnung RM. 873 290,71		2. Scheck- u. Giro-Einlagen	
a. Debitoren	873 290,71	RM. 905 829,48	
a. Girokont.	24 835,54	Kreditoren auf	
e) Schuldscheindarlehen an Private	302 116,85	Kontofor. R. RM.	40 014,10
f) Lombarddarlehen	22 800,—	3. Ausgaben-Rückstände	
g) Nebenom. Kaufschillinge	173 710,16	4. Auf das neue Jahr zu verrechnende Zinsen	1 936,50
h) Gemeindepfandbriefe und Sonderanlage bei der Girozentrale	535 910,—	5. Aufgenommene Kapitalien	9 235,—
i) Betriebskapitalanteil d. Girozentrale Mannheim	154 600,—	6. Rücklagen:	
k) Darlehen auf Hypotheken	4 480 170,—	a) gesetzlicher Reservefond von früheren Jahren	182 491,18
l. Geschäftsgebäude	10 000,—	b) Zuweisung vom laufenden Jahre RM. 100 000,—	282 491,18
m. Gebäude	370 000,—	7. Reingewinn 1929	105 954,80
n. Einnahme-Rückstände	14 855,64	8. Wettergegeb. Wechsel	204 167,91
o. Stückzinsen	71 146,85	9. Bürgschaften	1 157 100,—
p. Aufwertungsfordernngen — Kennbetrag —	1 652 894,35		
q. Fehlbetrag zur 18% prozentigen Einlage-Aufwertung	196 533,56		
r. Wettergegebene Wechsel	204 167,91		
s. Bürgschaften	1 157 100,—		
Summe des Vermögens	9 445 962,—	Summe der Schulden	9 445 962,—

Berechnung der Sicherheitsrücklage.
Die Rücklagen sollen laut § 17 der Satzung 10 vom Hundert der gesamten Reichsmark-Guthaben der Einleger betragen, mithin aus 7 035 918, 52 RM. = 703 591,85 RM. Vorhanden sind als Reinerlöse einschl. Gewinn 1929 338 445,98 RM. Es fehlen somit bis zur satzungsmäßigen Höhe 365 145,87 RM.

Vorstehende Bilanz per Ende 1929 gilt gleichzeitig als Eröffnungsbilanz für die aus der Städt. Sparkasse Rastatt, nach Beitritt weiterer 14 Bezirks-Gemeinden zu dem Gewährverband auf 1. Januar 1930 hervorgegangene **Bezirksparkasse Rastatt**.
Rastatt, den 23. April 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. K e n n e r, Oberbürgermeister.
Der Geschäftsleiter: gez. R u h n, Direktor.

Öffentliche Sparkasse Wolfach

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:		Verbindlichkeiten:	
	RM.		RM.
1. Kassenbestand	3 526,10	1. Spareinlagen	1 474 194,61
2. Grundstücke	28 677,35	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	129 115,78
3. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheckamt	67 195,95	3. Aufgewertete Spareinlagen	483 122,81
4. Wertpapiere	36 200,—	4. Gesetzl. Reservefonds	52 049,60
5. Wechsel	20 377,06	5. Reingewinn i. Jahre 1929	13 235,69
6. Darlehen a. Hypotheken	925 897,27		
7. Darlehen in laufender Rechnung an Private	138 292,21		
8. Darlehen a. Schuldschein	87 470,31		
9. Darlehen an Gemeinden	422 305,—		
10. Einnahmerückstände	32 221,56		
11. Aufgewertete Hypotheken und andere Darlehen	284 019,63		
12. Fehlbetrag zur Aufwertungsmaße	97 376,23		
13. Geschäftsgebäude	8 159,74		
	2 151 718,41		2 151 718,41

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 2 086 433,20 RM Einlagen 104 321,65 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 65 285,21 RM
somit weniger 39 036,44 RM

Wolfach, den 23. April 1930. D. 449
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
Hämmerle, Bürgermeister. Reif.

PORPHYRWERK DOSENHEIM
HANS VATER
DOSENHEIM a. B. BIERSTADT
LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKTBRUCH ERSTKLASSIGES

Badisches Landestheater
Donnerstag, 8. Mai 1930:
*D 23 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 1301—1400
Angelina
Oper von Rossini
Dirigent: Schwarz. Regie: Nagenbecher. Mitwirkende: Blank, Effelsooth, Grünwald-Seyfert, Popach, Loser, Kentwig, Schuster.
Anfang 20 Ende 22
Preise C (1—7 RM)

Fr. 9. Mai: **Don Carlos**, Ca. 10. Mai, zum 1. Male: **Marius**, Ca. 11. Mai: **Die Sabin**. Im Konzerthaus: keine Vorstellung. Mo. 12. Mai: **Marius**. In der Festhalle: 10. Sinfonienkonzert.
O. 463. Offenburg. Das Konkurrenzverfahren über das Vermögen der Firma Gebr. Baum, o. S. in Offenburg wird aufgehoben, nachdem der Zwangsvergleich vom 13. 2. 1930 rechtskräftig bestätigt ist.
Offenburg, 2. Mai 1930: **Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle.**

STRASSENBAU-MATERIAL
Karlsruhe. D. 453
Bereinsregister: Rath. Krankenfürsorgeverein Neuburgweier in Neuburgweier. 29. 4. 1930. Amtsgericht Karlsruhe.

Inserieren bringt Gewinn!